

Bürgerinformation zur Ratssitzung am 30. November 2011

Zum Thema „Konzessionsvertrag oder Kommunalisierung des Stromnetzes“ fand zunächst eine Diskussionsrunde mit dem Bürgermeister der Verbandsgemeinde Katzenelnbogen sowie den Experten Horst Schmelzeis von der Süwag und Manfred Zimmermann, dem von der Verbandsgemeinde beauftragten Projektleiter und Berater auf dem Weg zur Kommunalisierung des Netzes, statt. Der Einladung von Harald Gemmer zum Meinungsaustausch in dieser Runde waren auch Ortsbürgermeister und Ratsmitglieder der benachbarten Gemeinden Bremberg, Herold und Ergeshausen gefolgt.

Ziel der Veranstaltung war, das für die Ortsgemeinden doch eminent wichtige Thema noch einmal zu vertiefen und Vorteile und evtl. Risiken bei einer möglichen Kommunalisierung auszuloten. Der Konzessionsvertrag mit der Süwag, der derzeitigen Inhaberin des Stromnetzes, läuft Mitte nächsten Jahres aus. Die Kommunen könnten dann auch mit einem anderen Energieversorger kooperieren. Deshalb ist die Süwag bereit, mit einem 49 %-Anteil und lediglich als kleinerer Partner mit den Kommunen zusammenzuarbeiten. Sie hätten damit die Möglichkeit, auch weiterhin das Netz zu betreiben und die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern. Die Gemeinden würden sich mit 51 % einkaufen, entsprechendes Vermögen bilden und hätten ein immenses Mitspracherecht bei der Gestaltung des Netzes.

Im Anschluss an die interessante Diskussionsrunde befasste sich dann der Rat mit dem von Harald Gemmer vorgestellten Beschlussvorschlag. Dem Vorschlag der VG folgte der Rat zwar im Grundsatz, jedoch nicht in allen Punkten. Die VG und die Arbeitsgruppe „Netzbeteiligung“ wurden mit dem Ziel beauftragt, vorbereitende Verhandlungen zu führen und die Gemeinde über das Ergebnis und insbesondere die betriebswirtschaftlichen Rahmendaten zu informieren. Der Rat hat sich jedoch die endgültige Entscheidung vorbehalten.

Den mit der Gemeinde abgestimmten Entwurf des Haushaltsplanes 2012 stellte Stefan Nickel von der Finanzabteilung der VG vor. Die Gemeinde kann im kommenden Jahr erfreulicherweise mit Steuermehreinnahmen gegenüber 2011 in Höhe von 44 000 Euro rechnen, die allerdings durch eine höhere Kreisumlage wieder um 11 000 Euro gemindert werden. Dennoch verbleibt insgesamt beim Finanzhaushalt ein Plus von rund 47 000 Euro. Diese sind zur Tilgung von Krediten und zur Finanzierung der Investitionen wie z.B. für den Straßenausbau in der Feldstraße vorgesehen. Ob eine Kreditaufnahme für die dann noch fehlenden 18 000 Euro erforderlich ist, wird der Jahresverlauf zeigen.

Auf Wunsch einiger Bürger bietet die Gemeinde auf dem Friedhof künftig die Möglichkeit einer Erdbestattung an, bei der alle Folgearbeiten einschl. Grabpflege und Entfernung nach Ablauf der Ruhezeit von der Gemeinde übernommen werden. Hierfür sind zunächst zwölf Grabstellen im unteren linken Gräberfeld vorgesehen. In die Rasenanlage werden lediglich 55 x 40 cm große einheitlich gestaltete Namenstafeln gelegt. Alle relevanten Kosten sind mit einmaligen Zahlungen abzugelten. Die notwendige Satzungsänderung wird für die

nächste Ratssitzung vorbereitet.

Von der Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald hat die Gemeinde den Entwurf des Regionalen Raumordnungsplanes zur formellen Anhörung erhalten. Die wichtigsten infrastrukturellen Festsetzungen wurden in der Ratssitzung erörtert. Anregungen oder Bedenken werden von der OG Kördorf nicht geltend gemacht.

Abschließend informierte der Vorsitzende den Rat über allgemeine Angelegenheiten, wie zum Beispiel die inzwischen fertiggestellte Bushaltestelle mit neuer Buswarte Halle in der Lahnstraße 27. In Kürze werden die Verkehrsbetriebe auf der gegenüberliegenden Seite an der Trafostation noch ein Haltestellschild sowie einen Fahrplankasten anbringen. In den Fahrplänen werden die Abfahrtszeiten an beiden Kördorfer Haltestellen ab 12. Dezember aufgenommen.

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurde über Grundstücksangelegenheiten beraten.

Kördorf, den 01. Dezember 2011

Ortsgemeinde Kördorf